

Im Namen des Rechts!

Straffache gegen **Fuhrunternehmer Theodor G r o t e n**, geb. am
21.2.06 in Aachen, wohnhaft in Leubingen/Sa., Haupt-
straße 55, z.Zt. Haftanstalt Oldenburg

wegen **Mordes**

Das Schwurgericht in **Oldenburg**

hat in der Sitzung vom **24., 25., 26., 29. I. 19 49**, an der teilgenommen haben:

Landgerichtsrat Dr. Röseler

als Vorsitzender,

Amtsgerichtsrat Dr. Wilke

Amtsgerichtsrat Bunjes

als beisitzende Richter,

Tischlermeister Heinrich Otte, Saage - Haast,

Gärtner August Oltmanns, Westerstedt

Tischlermeister Georg Lüschen, Oberlethe

Dreher Willi Hohmann, Oldenburg

Buchdrucker Bruno Kielmann, Oldenburg

Kaufmann Bruno Sommer, Rastede

als Geschworene,

1 St. 2/50

Staatsanwalt Bormann

als Beamter der Staatsanwaltschaft,

Justiz-Angestellter Keller

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

Der Angeklagte ist eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit in Tateinheit mit teils versuchtem, vollendetem gemeinschaftlichen Mord schuldig und w
deshalb zu

lebenslangem Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte
verurteilt.

Er trägt die Kosten des Verfahrens.

G r u n d e :

Der Angeklagte ist am 21. Februar 1906 in Aachen geboren. Sein Vater war Postbeamter. Nach dreijähriger Volksschulzeit besuchte der Angeklagte die Mittelschule bis zur mittleren Reife, alsdann die Bauhandwerksschule. Er arbeitete als Bautechniker in Aachen, Düsseldorf und anderen Städten. Im Jahre 1932 wurde er erwerbslos. In diesem Jahre trat er der NSDAP. und der SS. bei. Nach der Machtergreifung durch die NSDAP wurde er als Hilfspolizist eingesetzt und zunächst in Aachen kaserniert. Im August 1933 gelangte er über die SS. zur Bewachungstruppe des Konzentrationslagers Esterwegen, das im Aufbau begriffen war. Dort bekleidete er zunächst die Stellung eines SS.-Scharführers und Gruppenführers. Ende August oder Anfang Oktober 1933 übernahm er die Führung eines Zuges. Als im November 1933 die SS.-Wachmannschaft durch Polizei abgelöst wurde, trat er in Aachen in den Polizeidienst ein. Er wurde Polizeiangehöriger, später Beamter. Als Polizeisekretär arbeitete er im Verkehrsdezernat.

Seit 1934 enthielt sich der Angeklagte einer besonders aktiven Betätigung in der NSDAP. Den damaligen Eheleuten Klingenberg, die dem Nationalsozialismus feindlich gegenüberstanden, zeigte er sich nicht nur duldsam, sondern förderte sogar ihren Verkehr mit belgischen Gleichgesinnten, indem er ihnen Pässe besorgte, ohne sich darum zu kümmern, welchen Zwecken sie dienen sollten.

Als Polizeisekretär wurde er im Jahre 1942 zur Akte 2 S Ls 17/41 wegen Vorteilsbeihilfe zum gewerbsmäßigen Bandenschmuggel, wegen Beihilfe zur Bestechung und wegen gewinnsuchtlicher fälschlicher Anfertigung einer öffentlichen Urkunde zu zwei Jahren sechs Monaten Gesamtgefängnis, 3.000.-- RM Geldstrafe und 2.100 RM Wertersatz verurteilt. Infolge dieser Bestrafung wurde er aus dem Polizeidienst entlassen. Nach seiner Entlassung aus der Straftat im März 1944 eröffnete er ein selbständiges Fuhrunternehmen in Aachen. Ende 1944 siedelte er im Rahmen der allgemeinen Evakuierung nach Lentingen (Provinz Sachsen) über.

Kriegsdienst hat der Angeklagte nicht geleistet. Als er in den letzten Kriegstagen eine Einberufung zum Volkssturm erhielt, kam er dem Befehl nicht nach. Er versuchte, auch andere, die noch eingezogen werden sollten, vom Kriegsdienst abzuhalten und machte sie auf das Sinnlose eines Widerstandes aufmerksam. Versprengte Soldaten, darunter den in Düsseldorf ansässigen Kaufmann Weingarten, überredete er Ostern 1945, mit dem Kriege Schluß zu machen und die Uniform auszuziehen. Er beherbergte sie vorübergehend;

Weingarten drei Monate lang, versorgte sie mit Lebensmitteln und Weingarten außerdem mit Ausweispapieren, deren Ausstellung der Angeklagte beim Bürgermeister in Lentingen erwirkte.

Der Angeklagte wurde erstmalig am 12. Januar 1948 auf Grund des gegen ihn am 21. Oktober 1947 erlassenen ~~Stabs~~^{Hof}befehls festgenommen. Gelegentlich einer Vorführung zum Amtsgericht in Erfurt entwich er am 15. April 1948 aus der Untersuchungshaft. Am 26. Oktober 1948 wurde er erneut in Aachen festgenommen und am 8. November 1948 in die ~~Stabs~~^{Hof}anstalt Oldenburg überführt. Vom 12. Mai 1949 bis zum 11. Juli 1949 hat er eine gegen ihn vom Amtsgericht Oldenburg wegen Vergehens gegen die Verbrauchsregelungsstraßverordnung zur Akte erkannte Strafe von zwei Monaten Gefängnis verbüßt.

Er ist mit Elise geb. Lepouse verheiratet, lebt aber schon jahrelang von ihr getrennt. Zur Zeit schwebt ein Ehescheidungsprozess. Aus der Ehe sind vier Kinder hervorgegangen, die jetzt im Alter von 10 - 19 Jahren stehen.

Im Zuge der Verhaftungswelle, die nach der Machtergreifung durch die NSDAP. im Jahre 1933 einsetzte, wurde auch der Polizeipräsident Eggerstedt aus Altona festgenommen. Eggerstedt, der Mitglied der S.P.D. war und seit 1930 als Polizeipräsident in Altona amtierte, wurde beim Sturz des Ministerpräsidenten Severing unter der Kanzlerschaft Papens beurlaubt. Er wurde von nationalsozialistischer Seite vor allem für den Ausgang des sogenannten "Altonaer Blutsonntags" im Juli 1932, an dem bei einem Zusammenstoß mit politischen Demonstranten zwei Nationalsozialisten getötet worden waren, verantwortlich gemacht. Eggerstedt hatte sich an dem betreffenden Tage nicht in Altona aufgehalten. Er wurde nach seiner Festnahme zunächst im Altonaer Polizeigefängnis und später, da dies sein schlechter Gesundheitszustand erforderte, im dortigen Krankenhaus festgehalten. Als bekannt wurde, daß er zu fliehen beabsichtige, wurde er mit einem Transport von politischen Schutzhäftlingen, dem auch die Zeugen Onken, Scharlemann, Bringmann, Hinz und Heck angehörten, in das Konzentrationslager Esterwegen überführt.

Von dem damaligen nationalsozialistischen Polizeipräsidenten Altonas wurde in einem an die Verwaltungsdirektion der staatlichen Konzentrationslager in Papenburg gerichteten Schreiben vom 11. August 1933 ganz besonders auf Eggerstedt hingewiesen. Der Inhalt lautet:

"Unter den Schutzhäftlingen, die auf Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten in Schleswig aus der Provinz Schleswig-Holstein am 12.8. der Verwaltungsdirektion zugeführt werden, befindet sich auch der frühere Polizeipräsident von Altona, Eggerstedt. Eggerstedt ist, abgesehen von seiner früheren amtlichen Stellung als Polizeipräsident führend in der sozialdemokratischen Bewegung, besonders in Schleswig-Holstein, tätig gewesen. Er hat durch persönliche Agitation in der ganzen Provinz die sozialdemokratischen Interessen mit besonderem Nachdruck gefördert und sein Amt als Polizeipräsident als Exponent seiner Partei verwaltet. Er war ein besonders verbissener und listiger Sozialdemokrat, der in engsten Beziehungen zu dem Minister Severing gestanden hat.

Eggerstedt hat vor seiner Verhaftung die Absicht gehabt, nach Dänemark zu entfliehen. Sein Auto ist jedoch angehalten worden. Als er während seiner Schutzhaft krank wurde und in das Krankenhaus eingeliefert werden mußte, haben ihm Freunde, darunter wie es scheint eine dänische Sozialistin, zur Flucht verhelfen wollen. Er wird daher besonders sorgfältig bewacht werden müssen."

Der Ober-Lagerkommandant, SS - Standartenführer Brinkmann, setzte den Lagerkommandant des Lagers 2 in Esterwegen von dem Inhalt dieses Schreibens in Kenntnis.

Im Konzentrationslager war Eggerstedt schwersten seelischen und körperlichen Schikanen und Mißhandlungen durch das Bewachungspersonal, das ausschliesslich der SS angehörte, ausgesetzt. Bei der Übergabe des von Altona kommenden Transporte auf dem Bahnhof in Döpen wurde sofort nach dem Polizeipräsidenten gefragt. Er wurde an die Spitze der zum Lager marschierenden Kolonne gerufen und mußte die Koffer fußkranker Mitgefangene tragen. Dabei wurde er geschlagen. Im Lager und bei der Arbeit wurde er immer wieder mißhandelt. Eines Tages wurde er allein zum Erdsodentragen herangezogen. Das zum Transport dienende Brett wurde mit einer schweren Last von Erdsoden beladen. Dort, wo er es beim Forttragen mit den Händen ergreifen mußte, ragten viele spitze Nägel hervor. Sie drangen in seine

Handflächen und verletzten ihn schwer. Ein anderes Mal wurde er bei einem Arbeitskommando gezwungen, durch ein unter einer Graben-Überfahrt liegendes Rohr zu kriechen. Als er sich dem anderen Ende näherte, wurden ihm zwei Gewehrläufe entgegengehalten. Er versuchte, aus dem Ende, in das er hineingekrochen war, herauszukommen. Auch hier wurde er durch entgegengehaltene Gewehrläufe am Hinauskriechen gehindert. So wurde er hin und hergetrieben.

Eggerstedt zählte zu den sog. Prominenten des Lagers 2, gegen die sich im besonderen Masse die Angriffe des Wachpersonals richteten. Den Schutzhäftlingen fiel die besonders schlechte Behandlung Eggerstedts auf. Sein Name wurde bekannt.

Als der Schutzhäftling Kuhielesinski Ende September oder Anfang Oktober 1933 zur Ausstellung der Entlassungspapiere für Schutzhäftlinge herangezogen wurde und zu diesem Zwecke auf der Schreibstube arbeitete, zeigte ein SS - Truppführer den in der Schreibstube weilenden SS-Männern Bilder von dem sog. Altonaer Blutsonntag. Der zugleich anwesende SS-Standartenführer Brinkmann, dem die Bewachung des Haslandkonzentrationslager damals unterstand, bemerkte dazu, daß Eggerstedt die Schuld an dem Zusammenstoß trage und daß "der Lump" umgebracht werden müsse. Kuhielesinski berichtete noch an demselben Tage dem Schutzhäftling und ehemaligen Ministerpräsidenten von Schleswig Holstein Lüdemann. Dieser warnte daraufhin Eggerstedt, der aber an eine Gefahr nicht glaubte.

Lüdemann, der sich vom 30. August bis 15. Oktober 1933 in Esterwegen befand, stand dem ehemaligen Polizeipräsidenten Eggerstedt besonders nah. An einem Wochenende gingen sie im Gespräch zwischen den Baracken auf und ab. Eggerstedt erzählte u.a., daß er den Bescheid erhalten habe, daß das gegen ihn schwebende Disziplinarverfahren eingestellt worden sei. Während dieser Unterhaltung kam ein SS - Scharführer vorbei, rief Lüdemann zu sich heran und empfahl ihm Vorsicht in der Auswahl seines Umganges mit anderen Häftlingen. Aus dem Gespräch, das Lüdemann mit dem Scharführer hatte, ergab sich, daß sich diese Warnung auf den Verkehr Lüdemanns mit Eggerstedt bezog.

Im Oktober 1933, an einem Freitag oder Sonnabend, sollte der aus Hamburg - Wandsbeck stammende Schutzhäftling Martens mit einigen anderen nach Hamburg überführt werden. Während eines längeren Aufenthaltes vor der Schreibstube des Lagers hörte er eine Unterhaltung des Angeklagten mit einem anderen Wachmann an und vernahm, daß auch Eggerstedts Überführung nach Altona wahrscheinlich erforderlich werde. Im Laufe des Gesprächs fiel die

Bemerkung: " Es wird Zeit, daß wir ihn umlegen!" Unterwegs auf dem Transport belauschte Martens eine Unterhaltung zweier Wachmänner des Begleitkommandos, das auch Eggerstedts Überführung nach Altona und seine vorher notwendige "Liquidierung" zum Gegenstand hatte.

Am 2. September wurde der frühere Reichsbannersekretär Hans Alexander vom Bewachungspersonal bei der Außenarbeit, einige Zeit später der Häftling Danisch erschossen. Kukielewski, der auf der Schreibstube tätig war, hörte von einer Liste, auf der Todeskandidaten vermerkt sein sollten. Er teilte seine Wahrnehmungen Lüdemann mit, weil er um Eggerstedt besorgt war. Lüdemann warnte Eggerstedt wiederum.

Eggerstedt arbeitete bei der Außenarbeit mit dem aus Itzehoe stammenden Schutzhäftling Hinz zusammen, der auch mit ihm zusammen auf Baracke 2 lag. Am 8. oder 9. Oktober 1933 warfen sie Gräben aus. Jedem wurde ein bestimmtes Arbeitspensum vorgeschrieben. Eggerstedt schaffte sein Pensum zufällig eher als Hinz und dessen Nachbarn. Als er im Begriff war, aus dem Graben zu steigen und bereits mit beiden Füßen oben auf der Böschung stand, legte der Angeklagte sein Gewehr auf Eggerstedt an. Dieser, dem des Angeklagten Tun nicht entging, suchte sofort im Graben Deckung. Während er hinabsprang, löste der Angeklagte einen Schuss aus seinem Gewehr, verfehlte aber das Ziel. Er näherte sich Eggerstedt, trat zu ihm heran und äußerte, er, Eggerstedt, habe wohl Angst ausgestanden. Alsdann sagte er ihm beruhigende Worte, die er mit der Versicherung beschloß, daß Eggerstedt von nun an keinen Angriffen mehr von Seiten des Angeklagten ausgesetzt sein sollte. Eggerstedt schenkte dem Angeklagten Vertrauen. Den Vorfall erzählte er seinen Mithäftlingen Onken und Kukielewski sowie einigen Barackenkameraden, wobei er insbesondere auf das Versprechen des Angeklagten, daß ihm von seiner Seite nichts mehr geschehe, hinwies. Häftlinge der Baracke 2 setzten Lüdemann von dem Vorfall in Kenntnis. Er nahm diese Mitteilung zum Anlass, Eggerstedt erneut zu warnen. Eggerstedt bestätigte Lüdemann bei dieser Gelegenheit, daß der Angeklagte auf ihn angelegt und geschossen habe.

Am Morgen des 12. Oktober 1933, einem Sonnabend, hatte Eggerstedt mit einem Kommando im Moor gearbeitet. Der Sonnabendnachmittag war normalerweise für die Schutzhäftlinge dienstfrei. Auch an diesem Tage hatten sie mit einer Arbeitspause gerechnet. Nach 15 Uhr, zu einer Zeit, als der SS - Standartenführer Brinkmann im Lager 2 weilte, erscholl draußen der Befehl zum Heraustreten. Die Angaben der Zeugen über das, was als Zweck des Heraustretens zu der ungewöhnlichen Zeit genannt worden ist, sind nicht einheitlich. Es ist den Zeugen heute auch nicht mehr klar, ob sämtliche Insassen des Lagers oder bestimmte Gruppen heraustreten sollten. Auch über den Zeitpunkt des Heraustretens läßt sich Verlässliches nicht mehr ermitteln. Fest steht nur folgendes: Der Befehl erschien allen auffällig, weil es ungewöhnlich war, daß am Wochenende ein größeres Kommando für Arbeiten herangezogen werden sollte. Ein Teil der Häftlinge trat heraus, andere zögerten und verhielten sich abwartend. Das beim Antreten tätige Personal vergewisserte sich, daß die Insassen der Baracke 2, zu denen Eggerstedt gehörte, herausgetreten waren, während es sein Augenmerk auf die übrigen Baracken nicht richtete. Sie wählten aus der Zahl der Herausgetretenen etwa 300 Männer heraus und stellten die Anwesenheit Eggerstedts und der vor wenigen Tagen zugewiesenen SA. - Männer fest. Alsdann rückten sie unter Führung des Angeklagten aus.

Sie verliessen das Lager 2 durch das an der Ostseite liegende Tor und marschierten dem Walde zu, der südlich der Lager 2 und 3 lag und nur durch einen 10 - 15 m breiten Sandweg davon getrennt war. Die Kolonne wurde auf diesem Weg in westlicher Richtung zu einem etwa 400 - 600 m entfernten Teil des Waldes geführt, der unmittelbar an dem Wald und die Lager trennenden Weg grenzte und in dem Bäume gefällt waren. Die Stämme lagen in der Nähe des Weges, nicht mehr als bis zu 50 m waldeinwärts. Den Schutzhäftlingen wurde befohlen, jeweils zu dritt oder zu viert einen Stamm zum Lager zu tragen. Sie taten, wie ihnen befohlen worden war. Als sie nach diesem Gang zurückkehrten, gelangten die Schutzhäftlinge Eggerstedt und Wittner an einen Stamm, der sehr weit westlich lag. Während die übrigen Häftlinge bereits vorher einen Stamm aufnahmen, wurden Eggerstedt und Wittner angehalten, diesen allein zu tragen. Wittner war der Anstrengung nicht gewachsen. Es gelang ihm nicht, die Last zu heben. Die Posten befahlen den Häftlingen Heck und Martin, die einen in der Nähe liegenden Stamm aufgenommen hatten, den Häftlingen Eggerstedt und Wittner zu helfen. Sie folgten

dieser Weisung. Ob sie vom Angeklagten kam, ist nicht mehr zu klären. Fest steht nur, daß drei mit Karabinern oder Gewehren bewaffnete SS - Männer in der Nähe standen, darunter der Angeklagte und ein SS - Mann Blauel.

Die Häftlinge nahmen den Stamm gemeinsam auf die Schulter und setzten sich mit ihrer Last in Bewegung. Eggerstedt befand sich am hinteren Ende, Wittner lief vor ihm, vor diesem Martin und an der Spitze Heck. Sie wurden von den hinter ihnen herkommenden Wachleuten angetrieben. Als sie nur wenige Schritte gegangen waren, fiel ein Schuß. Wittner empfand einen Schlag auf der Schulter und glaubte, er sei getroffen. Er fiel zu Boden, schrie und schimpfte auf die SS - Männer, die ihm seiner Meinung nach nach dem Leben trachteten, alsdann erlitt er einen Nervenzusammenbruch, der ihm das Bewußtsein für längere Zeit raubte. Wittner war unverletzt. Auch Eggerstedt war zusammengebrochen. Ihn hatte ein Schuß getroffen. Der Häftling Bringmann, der etwa 20 - 40 m halblinks voraus an einem Stamme trug und nach dem gefallenen Schuß seinen Blick soweit nach rückwärts wenden konnte, daß er die letzten Stammträger übersehen konnte, sah Eggerstedt am Boden liegen und sich krümmen. Er sah einen großen blonden SS - Mann, den Heck als den SS-Mann Eisenhut erkannte, mit einer Pistole in der Hand hinzueilen und hörte einen weiteren Schuss, der anders als der zuerst abgefeuerte klang.

Das gesamte Arbeitskommando wurde schleunigst ins Lager geführt. Der benachrichtigte Lagerarzt Dr. Zwick begab sich zum Tatort. Er stellte den Tod Eggerstedts fest und veranlasste, die Leiche ins Lager zu bringen. Dort unterzog er sie einer näheren Untersuchung. Sie wies einen Steckschuss in den Hinterkopf und einen weiteren Schuß in die rechte untere Rückenseite auf, der den Körper durchdrungen und auf der vorderen Körperseite an der Lungen- und Lebergrenze wieder ausgetreten war. Durch diese von hinten angebrachten Schüsse trat Eggerstedts Tod ein.

Einige Zeit nach dem Tode Eggerstedts, als bereits bekannt geworden war, dass die SS durch Polizei abgelöst werden würde, suchte der Angeklagte die Kleiderkammer des Lagers 2 auf, um sich die Stiefel putzen zu lassen. Er kam ins Gespräch mit den damaligen Häftlingen Kukielewski und Wittner, die auf der Kammer beschäftigt waren, und sprach über die bevorstehende Ablösung, die sich vielleicht nicht reibungslos abwickeln würde. Er wollte wissen, auf welche Seite sich die Häftlinge bei einem etwaigen Kampf zwischen SS und Polizei stellen würden. Bei dieser Gelegen-

heit machte er schliesslich die Bemerkung: " Dafür haben wir Eggerstedt umgebracht, daß wir jetzt abgelöst werden! "

Mitte Oktober 1933 wurden die sogenannten Prominenten, darunter Lüdemann in eine andere Gegend verlegt.

In der Todesermittlungssache Eggerstedt hat das Amtsgericht Sögel am 13. Oktober 1933 den Angeklagten und den SS - Mann Eisenhut vernommen. Der Angeklagte hat bei seiner Vernehmung angegeben, er habe Eggerstedt auf der Flucht verfolgt, nachdem er bei Arbeitsschluss festgestellt habe, daß ein Häftling gefehlt habe. Nach 1000 m Wegs habe er den fliehenden Häftling aus einem Waldstück herauskommen sehen. Dieser habe eine Schneise überqueren wollen. Aus einer Entfernung von 80 - 100 m habe der Angeklagte mit einem Gewehr 98 auf ihn geschossen, nachdem er ihn zuvor vergeblich angerufen habe. Sein Schuß habe den Häftling getroffen. Fast in demselben Augenblick sei von einer anderen Seite ein zweiter Schuß gefallen. Darauf sei der Häftling zu Boden gestürzt.

Der SS - Mann Eisenhut hat sich dahin eingelassen: Als der Angeklagte bei Arbeitsschluss das Fehlen eines Häftlings festgestellt habe, habe er sich an der Verfolgung des Geflüchteten beteiligt. Er habe den Häftling im Unterholz bemerkt, ihn angerufen und später auf ihn geschossen, als der fliehende Häftling eine Lichtung (Schneise) erreicht habe.

Am 5. März 1934 ließ der Sachbearbeiter der Staatsanwaltschaft in Osnabrück, dem die Vorgänge am 13. bzw. 15. Oktober 1933 von dem Amtsgericht Sögel zugeleitet worden waren, das Ermittlungsverfahren betr. Eggerstedts Tod eintragen und übersandte die Akten dem Leiter der Gestapodienststelle in Osnabrück, Regierungsrat Aderhold, zur Kenntnisnahme und Äusserung, dem gemäß Bl.5 d.A.4 J 228/34 der St.A.Osnabrück durch Vertrauensleute mitgeteilt worden war, daß SS - Männer den früheren Polizeipräsidenten Eggerstedt zu erschiessen beabsichtigten. Aderhold schickte die Akten ohne Anschreiben zurück. Der Direktor der staatlichen Verwaltung der Konzentrationslager in Papenburg, Bergmann, dem die Akten gleichfalls zur Äusserung zugeleitet worden waren, äußerte in einem ausführlichen Schreiben (Bl.12 d. A. 4 J 228/34 der St.A.Osnabrück), daß er SS - Standartenführer Brinkmann gegenüber seine Zweifel geäußert, daß Eggerstedt auf

der Flucht ums Leben gekommen sei, daß Brinkmann diesen Zweifel für unbegründet gehalten und behauptet habe, die Verdächtigungen des Wachpersonals seien leeres Gerede. Die in Meppen angestellten Ermittlungen ergaben, daß ein SS - Mann Siegel sich in einem Lokal der Erschiessung Eggerstedts gerühmt habe. Die Reichsführung der Schutzstaffel der NSDAP. versuchte die weitere Aufklärung zu unterbinden, indem sie keine Auskunft über den Verbleib der an der Tat beteiligten SS - Männer erteilte (Bl. 14 d.A. 4 J 228/34). Der Angeklagte und Eisenhut sind nochmals zum Sachverhalt vernommen worden, sie haben ihre früheren Angaben wiederholt und ergänzt, ohne dadurch die ursprüngliche von ihnen gegebene Sachdarstellung wesentlich zu ändern (Bl. 20, 21, 24, 25 d.A. 4 J 228/34). Eisenhut hat angegeben, er habe aus 35 - 40 m Entfernung mit einer Mauserpistole, Kaliber 7,65 mm, auf den Häftling geschossen. Ein gewisser Thiel, gegen den unter dem Aktenzeichen 4 K Ls 31/34 ein Verfahren anhängig war, habe wie sich aus einer zu den Akten 4 J 228/34 genommenen Abschrift seiner Aussage in dem gegen ihn anhängigen Verfahren ergibt, in diesem Verfahren angegeben, daß ihm die Mißhandlungen an dem Polizeipräsidenten Eggerstedt aufgefallen seien und daß dieser eines Tages zu ihm gesagt habe, er rechne mit seiner Erschiessung, weil er ganz am Flügel der Arbeitskolonne im Moor arbeiten müsse und den ganzen Tag Todesängste ausstehe. Nachdem er - Thiel - Eggerstedt getröstet und ihm einige Wunden an den Händen verbunden habe, habe er ihm einen Zettel für einige Tage leichte Arbeit gegeben. Daraufhin sei ein SS - Mann gekommen, habe den Zettel zerrißen, Eggerstedt zur Tür hinausgewiesen und Thiel gefragt, ob es ihm zu gut gehe und hinzugefügt, er werde für Abhilfe sorgen. Thiel ist nicht nochmals zur Sache gehört worden; das Verfahren gegen Unbekannt wegen Tötung Eggerstedts ist durch Erhaß des damaligen Preussischen Ministerpräsidenten vom 29. November 1934 niedergeschlagen worden.

Diese Feststellungen beruhen auf den Angaben des Angeklagten, auf den insoweit glaubhaften Aussagen der Zeugen Dr. Schabbehard, Voß, Katzmann, Kramski, Lüdemann, Faust, Heck, Dr. Zwecker, Kraft und Riemann, auf den mit dem Eid bekräftigten Bekundungen der Zeugen Leßmann, Kukiłlezinski, Bramer, Onken, Hinz, Scharlemann, Martens, Bringmann und Wittner, auf den zum Gegenstand der Hauptverhandlung gemachten Akten, nämlich 4 J 228/34 der St.A. Osnabrück, 2 S Ls 62/41 der St.A. Aachen und 10 Ls 222/49 und des A.G. Oldenburg, auf der stattgefundenen Tatortbesichtigung und Augenscheinseinnahme und auf den als wahr unterstellten, in das Wissen

der Eheleute Klingenberg und Weingarten gestellten Tatsachen.

Der Angeklagte bestreitet, am 8. oder 9. Oktober 1933 auf den beim Grabenausheben beschäftigten Eggerstedt geschossen zu haben. Er behauptet, er habe gehört, daß zwei aus Köln stammende SS - Männer auf Eggerstedt geschossen hätten.

Daß er am 12. Oktober 1933 einen Gewehrschuß auf Eggerstedt abgegeben und ihn getroffen hat, gibt er zu. Seine weitere Einlassung geht dahin: Eggerstedt sei am 12. Oktober 1933 von der Arbeitsstelle geflohen. Ein Gruppenführer seiner Wachmannschaft habe ihm das Fehlen eines Häftlings gemeldet, als er sich an der äußeren westlichen Grenze des Arbeitsgebietes befunden habe, in dem die Baumstämme gelegen hätten. Von hier aus habe er mit mehreren Wachmännern die Verfolgung aufgenommen und seinen Vertreter mit dem Arbeitskommando ins Lager geschickt. Den Schuß habe er stehend freihändig abgefeuert, als der Häftling, den er im Zeitpunkt des Schiessens noch nicht als Eggerstedt erkannt habe, von Westen kommend die Schneise betreten und versucht habe, eine Höhe zu überwinden, um dahinter in Deckung gehen zu können. Im Übrigen beruft er sich auf seine im Jahre 1933 gemachten Angaben. Bei der Tatortbesichtigung hat er eine Schneise gezeigt, in der er Eggerstedt gesehen haben will, und einen Standort bezeichnet, von dem aus er geschossen habe. Dieser liegt wenigstens 400 m südlich des jetzigen Strafgefangenenlagers Esterwegen, das in der räumlichen Ausdehnung die früheren Lager 2 und 3 umfaßt. Die Schußentfernung hat er im Gelände auf wenigstens 200 m angegeben, während er vorher in der Hauptverhandlung am Gerichtsort eine Entfernung von 100 m angegeben hat. Genaue Angaben will er überhaupt nicht mehr machen können.

Er gibt nunmehr weiter an, er habe den SS - Mann Eisenhut, der Eggerstedt den Pistolenschuß beigebracht hat, als Posten bei dem Getöteten zurückgelassen, während er selbst ins Lager gegangen sei, um eine Meldung des Vorfalls zu erstatten. Der Arzt Dr. Zwecker habe daraufhin seines Wissens die Leiche an Ort und Stelle besichtigt. Der Getötete habe seidene Leibwäsche und ein Oberhemd mit wertvollen Manschettenknöpfen getragen. Das sei außergewöhnlich gewesen und lasse erkennen, daß Eggerstedt seine Flucht sorgfältig vorbereitet habe. Auch sei ihm, dem Angeklagten, nachher zu Ohren gekommen, daß eine Dame mit Kraftfahrzeug in der Umgebung des Lagers gesehen worden sei, die Eggerstedt zur Flucht habe verhelfen wollen. Das habe ihm der Untersuchungshäftling, Hans Eggerstedt, ein Neffe des Getöteten, in der Strafanstalt in Oldenburg später bestätigt.

Für etwaige Fluchtpläne Eggerstedts haben sich in der Hauptverhandlung keine Anhaltspunkte ergeben. Sie sind insbesondere von Eggerstedts Freunden, den Zeugen Lüdemann, Kukieloginski und Onken entschieden verneint worden. Nachdem das gegen Eggerstedt schwebende Verfahren eingestellt worden war, hat er selbst kaum noch Anlass zur Flucht gehabt. Der Zeuge Hans Eggerstedt hat seinen Onkel überhaupt nicht gekannt, erst 1932 erfahren, daß der Altonaer Polizeipräsident sein Onkel sei, und zu ihm in keiner Verbindung gestanden. Er konnte daher auch nicht über etwaige Fluchtpläne seines Onkels im Bilde sein und gibt selbst an, nur auf eine entsprechende Frage des Angeklagten beim Morgenspaziergang gesagt zu haben, es sei möglich. Ferner ist auch die Tatsache, daß Eggerstedt an seinem Todestage Privatwäsche getragen hat, nicht verdächtig, zumal den Schutzhäftlingen damals nur Lagerwäsche in geringem Umfang zur Verfügung stand, wie die Zeugen allgemein bekunden und ihre Privatwäsche in ihrem Besitz verblieb. Bedenkt man ferner, daß die Häftlinge sich nach dem Tagwerk umzogen, weil sie am Sonnabendnachmittag mit keinem Dienst mehr zu rechnen brauchten, sind die "verdächtigen" Feststellungen des Angeklagten nicht außergewöhnlich.

Die Einlassung des Angeklagten ist auch insoweit falsch, als er behauptet, er habe während eines Fluchtversuchs auf Eggerstedt geschossen. Denn die Zeugen Bringmann, Wittner, Hack und Bramer, die sämtlich an der Tatortbesichtigung durch das Gericht teilgenommen haben, haben bekundet, daß der Tatort in unmittelbarer Nähe des an der Südseite des Lagers entlangführenden Weges liegt und nicht weit ab von diesem Wege, wie der Angeklagte behauptet. Das bestätigt auch der Zeuge Dr. Zwecker, der nach der Tat zum Tatort gegangen ist und diesen nunmehr höchstens 50 m südlich des Weges und etwa 200 m südwestlich der südwestlichen Lagerecke bestimmt. Diese Stelle aber liegt im Bereich des durchgeforsteten Waldgebietes, in dem die gefälltten Baumstämme gelegen haben. Denn auch Eisenhut hat in seiner früheren Vernehmung durch das Amtsgericht Hamborn vom 29. November 1934 (Bl. 25 d.A. 4 J 228/34 der St.A. Osnabrück) bekundet, das Holz, das sie an dem betreffenden Tage geholt hätten, habe auf einer Strecke von etwa 600 m verteilt gelegen. Daraus erklären sich auch die bei den Aussagen des Zeugen Wittner und Bramer aufgetretenen Widersprüche, sie hätten die Stämme von mehr oder weniger weiter ostwärts liegenden Plätzen des Waldrandes weggeholt. Die Veränderung des Landschaftsbildes, der Wald ist inzwischen bis zu einer Tiefe von 400 m abgeholzt,

erschwert die Bestimmung des Tatortes nach seiner Lage auf dem von Osten nach Westen verlaufenden früheren Waldrand. Ein Irrtum über die Entfernung des Tatortes vom Lager oder von dem am früheren Waldrand entlangführenden Wege wird durch das veränderte Landschaftsbild nicht gefördert. Dafür sind keine Gründe ersichtlich. Deshalb sind die übereinstimmenden Angaben der Zeugen, die beim Holztragen beteiligt gewesen sind (Bringmann, Heck, Wittner und Bramer), und des Zeugen Dr. Zwickers, der Tatort liege in der Nähe des Weges, niemals über einige hundert Meter südlich, auch glaubhaft und richtig. Davon ist das Schwurgericht überzeugt. Die Angaben des Angeklagten, Eggerstedt sei weiter südlich vom Wege auf der Flucht erschossen worden, sind damit widerlegt.

Seine weiteren Angaben, er habe Eggerstedt aus einer Entfernung von wenigstens 200 m stehend freihändig getroffen, auch Eisenhuts frühere Behauptungen, er habe den Pistolenschuß (Kaliber 7,65 mm) aus 35 - 40 m Entfernung abgegeben und getroffen, sind wenig glaubhaft. Es ist möglich, daß bei solchen Entfernungen Zufallstreffer vorkommen, wie der Schießsachverständige Höppke bekundet hat. Daß aber zwei solche Zufallstreffer zusammentreffen, ist sehr selten. Deshalb sind die Angaben des Angeklagten insoweit unwahrscheinlich. Dagegen sind die Angaben der Zeugen Wittner, Bringmann und Heck glaubhaft. Sie erklären die Treffsicherheit des Schützen. Denn aus kürzester Entfernung, aus der die Schützen ihre Schüsse auch nach Art und Lage der Schußverletzungen nach dem Gutachten des Schießsachverständigen abgegeben haben können, sind solche Treffer anzubringen. Das gilt insbesondere für den Pistolenschuß.

Nach diesen Erwägungen spricht nichts für die Einlassung des Angeklagten, aber alles für die Bekundungen der Zeugen. Allein die Erwägung, der Angeklagte hätte die Tat, hätte er Eggerstedt nach dem Leben getrachtet, nicht in Gegenwart so vieler Zeugen, sondern besser ohne solche ausgeführt, kann die Darstellung der Zeugen, wie sie den Feststellungen zugrunde gelegt worden ist, nicht erschüttern. Der Angeklagte konnte damals, wie das 1934 in Gang gebrachte Ermittlungsverfahren bewiesen hat und andere Fälle gezeigt haben, mit hinreichendem Schutz vor der Strafverfolgung rechnen, zumal die Schutzhäftlinge, auch wenn sie entlassen wurden, mundtot gemacht waren.

Die Zeugen haben zwar auch widersprechende Angaben zu Einzelheiten, zu meistens unwesentlichen Punkten gemacht. So gehen sie über die Zahl der Männer, die den Baumstamm getragen haben, an dem Eggerstedt tragen half, als er erschossen wurde auseinander; so haben die Angaben darüber gewechselt, an welcher Stelle Eggerstedt den Stamm anfaßte, wieviel Schüsse fielen und wieviel ihm getroffen haben. Diese Widersprüche ergeben sich daraus, daß die Geschehnisse über 16 Jahre zurück liegen. Die Zeugen sind erstmalig nach 12 bis 13 Jahren zur Sache vernommen, alsdann in der Hauptverhandlung gehört worden und sie sind schließlich bei der Tatortbesichtigung nochmals zu Worte gekommen. Durch wiederholtes Vernehmen und durch Verhalte hat sich nach und nach das Erinnerungsbild auch in bisher abgedunkelten Teilen belebt. Insbesondere in der Hauptverhandlung ist von Seiten der Verteidigung und des Staatsanwalts versucht worden, die Zeugen zu weiteren Mitteilungen zu veranlassen. Diese Art des Eindringens in die Zeugen, die unerlässlich war, um die Wahrheit ans Licht zu fördern, führt naturgemäß zu gewissen Änderungen der ursprünglichen Darstellung. Es blieb auch bei vielen eine bisweilen breitere, bisweilen schmalere Landzone in ihrer Aussage, die als unsicher bezeichnet werden muß. Dadurch aber wurden die Aussagen nicht in allen Teilen unbrauchbar. Wo offenbare Erinnerungsfehler festgestellt worden sind, wie sie z.B. aus den Angaben des Zeugen Heck sprechen, Eggerstedt sei nicht gleich tot gewesen, er habe ihm noch im Lager - auf der Bahre liegend - Grüße an die Mutter aufgetragen, aber auch in den Fällen, wo der Verdacht aufgetaucht ist, der Zeuge könnte sich irren, ist die mit solchen Fehlern oder möglichen Mängeln behaftete Aussage nur in den Teilen verwertet worden, in der sie durch andere Bekundungen glaubhaft bestätigt worden ist. Das Schwurgericht hat daher aus den Zeugenaussagen mit der dem Richter geziemenden Vorsicht nur den jeweils eindeutigen Kern herausgeschält und danach seine Feststellungen getroffen.

Diese Feststellungen umfassen die unmittelbaren Tatvorgänge und auch Umstände, die der Tat vorausgehen und ihr folgen. Das unmittelbare Tatgeschehen, wie es aufgrund von Zeugenaussagen festgestellt ist, widerlegt die Einlassung des Angeklagten sowie auch die früheren Angaben Eisenhuts, sie hätten auf Eggerstedt geschossen, während er sich auf der Flucht befunden, habe und weil er geflüchtet sei. Die übrigen festge-

stellten Umstände geben Aufschluß über die zur festgestellten Tat führenden Beweggründe, die der Angeklagte und früher auch Eisenhut mit ihren Einlassungen zu verdecken versucht haben.

Eggerstedt kam in ein Konzentrationslager, weil er Sozialdemokrat war und vor 1933 eine Rolle im politischen Leben spielte. Er war also ein Gegner des Nationalsozialismus und wurde von den Machthabern als Staatsfeind angesehen, der den Bestand des nationalsozialistischen Staates gefährden könnte, wenn er sich auf freiem Fuße befände. Man hielt ihn für fluchtverdächtig. Deshalb hatte der Altonaer Polizeipräsident die Zentralverwaltung der staatlichen Konzentrationslager in Papenburg auf Eggerstedt besonders aufmerksam gemacht. Der SS-Standartenführer Brinkmann hatte davon Kenntnis. Es liegt daher nahe, daß er seine Untergebenen, die Wachmänner, entsprechend unterrichtete und sie für sorgfältige Bewachung verantwortlich gemacht hat. Daß er es getan hat, geht daraus hervor, daß dem ehemaligen Polizeipräsidenten Eggerstedt von Anfang an eine ganz besondere Behandlung zuteil wurde. Sie war auffallend schlechter als die Behandlung anderer "Prominenter", die schon besonderen Schikanen und Mißhandlungen ausgesetzt waren. Eggerstedt wurde "aufs Korn genommen", wie die Zeugen sich ausgedrückt haben.

Ende September oder Anfang Oktober 1933 äußert der SS-Standartenführer, Eggerstedt sei verantwortlich für die Vorfälle des sog. Altonaer Blutsonntags und müsse umgebracht werden. Dies Urteil und die darin zum Ausdruck kommende Mißachtung vor Eggerstedts Leben erklärt das Verhalten der Wachmänner. Denn Brinkmanns so deutlich zum Ausdruck gebrachte Ansicht mußte der Wachtruppe bekannt werden, weil er sie vor SS-Männern in der Schreibstube geäußert hatte. Sie wurde tatsächlich auch von der Wachmannschaft geteilt. Ihre Angehörigen brachten sie außer im Verhalten gegenüber Eggerstedt auch in Worten zum Ausdruck. Selbst Häftlingen gegenüber machten sie keinen Hehl daraus, daß Eggerstedt als Mensch kein Achtung verdiene, selbst nicht bei den Häftlingen, die in den Augen der Wachleute auch schon minderwertige Menschen waren. Das war der letzte Sinn der Warnung eines Scharführers, der dem Häftling Lüdemann riet, den Umgang mit Eggerstedt zu vermeiden. So erklären sich auch die von den Zeugen Martens erlauschten Gespräche zwischen Wachmännern.

Es steht zwar nicht unmittelbar fest, daß Brinkmann sein Urteil in die Tat umsetzen wollte und daß er den Bewachungsmannschaften Befehle zur Tötung Eggerstedts erteilt hat. Der Verdacht aber liegt nahe, denn am Tage der Tat war Brinkmann im Lager. Im späteren Ermittlungsverfahren hat er sich für die Täter eingesetzt, indem er die Verdächtigungen der Wachmänner als leeres Gerücht bezeichnete. Dies Verhalten Brinkmanns spricht sogar dafür, daß ihm eine Aufklärung der Tat unangenehm und unerwünscht war. Der Grund, daß er trotz des starken Tatverdachts, der unmittelbar nach der Tat auftauchte, die Verdächtigungen zurückwies, kann entweder nur in der Tatsache liegen, daß er die Tat befohlen oder daß er sich aus einem anderen Grunde selbst nicht schuldfrei gefühlt hat.

Brinkmann hatte sein Urteil über Eggerstedt eindeutig erklärt. Er wußte auch, daß seine Wachmänner seine Ansicht kannten. Fanden diese sich freiwillig zu der Tat bereit, hatte er sie zumindest gefördert und unterstützt. Denn wenn sie den Entschluß letzten Endes unter diesem Einfluß gefaßt haben, taten sie es sicherlich nur, weil sie wußten, ihr Vorgesetzter werde sie nicht zur Rechenschaft ziehen und sie vor einer Strafverfolgung schützen.

Die von dem Zeugen Martens erlauchten Gespräche der Wachmänner geben Aufschluß darüber, daß die Tötung Eggerstedts damals bereits eine beschlossene Sache und daß die Frist, die zur Ausführung der Tat zur Verfügung stand, bemessen war. Martens hat gehört, daß Eggerstedts Verlegung zu erwarten sei. Sie stand auch bevor; denn die Prominenten, zu denen Eggerstedt gehörte, sind Mitte Oktober 1933 verlegt worden. Es ist also durchaus möglich, daß die Verlegung im Zeitpunkt, in dem das erlauchte Gespräch geführt worden ist, den Wachmannschaften bereits bekannt gewesen ist. So erklärt sich des Angeklagten Äußerung: "Es wird Zeit, daß wir ihn umlegen!"

Der Angeklagte spricht das offen in einem Gespräch in der Schreibstube aus. Er fürchtet also keine Mitwisser, er sucht sie sogar und will mit anderen gemeinsame Sache machen.

Die bemessene Zeit aber drängt zur Tat. Der Angeklagte will sie auch als eigene und unternimmt erstmalig am 8. oder 9. Oktober 1933 einen Versuch, Eggerstedt beim Grabenausheben zu erschießen. Sein Unternehmen schlägt fehl. Er entschuldigt sich, auf ihn geschossen zu haben. Seine durch die Verteidigung vortragene Schutzbehauptung, es sei auf Möven geschossen worden, wie das oft geschehen sei, dadurch sei Eggerstedts Leben

117

vielleicht versehentlich gefährdet, kann bei dem festgestellten vorangegangenen Tun des Angeklagten und bei einem Verhalten, wie es in den nächsten Tagen folgt, kein Gehör finden. Um Eggerstedt in Sicherheit zu wiegen, versichert er diesem nach der Tat, in Zukunft nichts mehr gegen ihn unternehmen zu wollen.

Nach weiteren drei oder vier Tagen schießt er bei der Arbeit erneut auf Eggerstedt, nachdem zunächst eine Gelegenheit geschaffen worden war, die die Tat begünstigen soll. Der außergewöhnliche Umstand, daß am Sonnabendnachmittag, der sonst für die Gefangenen frei ist, ein größeres Arbeitskommando gebraucht wird, läßt den Verdacht aufkommen, daß nicht die Dringlichkeit der Arbeit Anlaß dieser Massnahme ist, sondern daß vielmehr dieser Grund nur vorgeschützt wird, um günstige Tatvoraussetzungen für Eggerstedts Tötung zu schaffen, deren Ausführung nunmehr noch mehr drängt als vor 3 - 4 Tagen. Eggerstedts Teilnahme an dieser Arbeit wird für erforderlich gehalten. Seine Anwesenheit wird vor dem Ausrücken festgestellt. Als er getötet ist, wird die Arbeit abgebrochen.

Wer unter solchen Tatumständen auf einen Menschen schießt, hat ihn wissentlich und willentlich töten wollen. Diesen Vorsatz hat er den Umständen nach vor dem ersten Versuch am 8. oder 9. Oktober 1933 gefaßt. Weil er die Tat nicht beim ersten Mal verwirklichen konnte, hat er aufgrund des bereits gefaßten Vorsatzes ein zweites Mal mit der Ausführung der beabsichtigten Tötung begonnen. Ob er sie allein zur Vollendung gebracht hat, läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen. Denn ob sein Gewehr- schuß, den er abgegeben zu haben zugibt, für den Tod Eggerstedts ursächlich gewesen ist, läßt sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht nachweisen, wie der Sachverständige Obermedizinalrat Dr. Neuhaus bekundet hat. Daß der Erfolg durch beide Schüsse eingetreten ist, liegt außer Zweifel. Das Schwurgericht ist auch überzeugt, daß der Pistolenschütze und der Angeklagte in bewußtem und gewollten Zusammenwirken gehandelt haben und daß durch die Gesamtheit ihrer Handlungen der Tod Eggerstedts herbeigeführt worden ist, den beide als ihre Tat gewollt haben. Denn als der Schuß des Angeklagten den gewollten Erfolg nicht sofort erkennbar herbeigeführt hatte, griff der Pistolenschütze ein, um dem Opfer "den Rest zu geben". Er billigte aber das vorangegangene Tun des Angeklagten, wollte es sich zurechnen lassen und vervollständigte gerade deshalb des Angeklagten Handlung bis zu dem auch von ihm gewollten Erfolg. Der Angeklagte wollte diesen Erfolg, war damit einverstanden, daß

der Pistolenschütze Eggerstedts Tod herbeiführte, falls es ihm nicht schon gelungen sein sollte. Er wollte sich auch den Pistolenschuß zurechnen lassen. Eine ausdrückliche Verabredung zur Tat ist zwar nicht festgestellt worden. Daß aber jeder der Täter sich bewußt gewesen ist, daß neben ihm der eine oder andere der anwesenden Wachmänner mitwirkte und sie beide von dem gleichen Bewußtsein erfüllt waren, ergeben die bereits dargelegten Umstände, die zur Tat führten, sowie die näheren Tatumstände. Es bestand also eine Tat- und Willensgemeinschaft mindestens zweier Täter.

Der Angeklagte hatte den allgemeinen Entschluß nach Abwägen der Für und Wider der Tat bereits zu dem Zeitpunkt gefaßt, als er äußerte: "Es wird Zeit, daß wir ihn umlegen!" Er suchte alsdann nach einer günstigen Gelegenheit und fand sie am 8. oder 9. Oktober 1933, als er Eggerstedt beim Grabenausheben beaufsichtigte. Bis zu dieser Zeit traten keine Umstände ein, die seine seelische Verfassung beeinflusst und ihn unter Ausschluß von Gegenvorstellungen zur Tat getrieben haben. Zwar bot sich ihm die günstige Gelegenheit zur Tat plötzlich. Doch das sah er voraus, so daß er nicht aus der Fassung gebracht werden konnte. Er schoß also in einem Augenblick, als seine klare, verstandesmäßige Abwägung des für und wider die Tat sprechenden Gründe nicht durch überwiegend gefühlsmässige Momente beeinflusst war. Dafür spricht auch sein Verhalten nach der Tat. Denn er blieb gefaßt, fand Worte für eine Entschuldigung und war gleich wieder darauf bedacht, Eggerstedts Mißtrauen für die Zukunft auszuräumen, um neue günstige Tatvoraussetzungen zu schaffen. Er versprach ihm, ihn fortan nicht mehr zu belästigen, und schoß vier Tage später doch wieder auf ihn, nachdem nunmehr Voraussetzungen geschaffen worden waren, die die Verwirklichung der Tat gewährleisten. Auch diesmal ergeben die seelischen und persönlichen Umstände, daß der Angeklagte in genügend klarer Erwägung über die zum Handeln drängenden und von ihm abhaltenden Beweggründe sowie die zur Herbeiführung des Erfolges erforderliche Tätigkeit gehandelt hat. Die Tat ist das Ergebnis einer Verstandestätigkeit. Der Angeklagte schoß aber mit Überlegung auf Eggerstedt, um ihn zu töten.

19

Nach allem hat der Angeklagte am 8. oder 9. Oktober 1933 vorsätzlich einen Menschen, den Polizeipräsidenten Eggerstedt, zu töten versucht, am 12. Oktober 1933 vorsätzlich denselben Menschen gemeinsam mit einem anderen Täter getötet und beide Tötungshandlungen mit Überlegung ausgeführt, Verbrechen nach §§ 211 a.F., 43 und §§ 211 a.F., 47 StGB. Es handelt sich zwar um zwei zeitlich und räumlich getrennte Rechtsverletzungen. Sie beruhen aber beide auf dem Vorsatz, nicht eher zu ruhen, als Eggerstedt getötet sei. Da aber der erste Versuch der Tötung fehlschlug, mußte der Angeklagte eine weitere Tat begehen, um den sich vorgestellten Gesamtvorsatz zu verwirklichen. Die einzelnen Handlungen gehören demselben Unrechts tatbestand an. Sie hängen in sich in der Weise zusammen, daß die zweite auf der gleichen, den Angeklagten veranlassenden äußeren Sachlage beruht und führt nur zu einer Erweiterung desselben Unrechtsgehaltes. Deshalb liegt ein fortgesetzter, teils versuchter, teils gemeinschaftlich mit einem anderen Täter begangener vollendeter Mord vor.

§ 211 a.F.StGB. ist anzuwenden, da sich die Strafbarkeit und Strafe des im Jahre 1933 begangenen Mordversuchs und Mordes sich nach dem Recht bestimmen, das zur Zeit der Tat gilt (§ 2 a Abs.1 StGB.). Gilt aber zur Zeit der Entscheidung ein milderes Gesetz als zur Zeit der Tat, so ist das mildeste anzunehmen (§ 2 a Abs.2 StGB., 8 b AAR 1). Deshalb ist zu prüfen, als was sich die Tat des Angeklagten nach geltendem Recht darstellt.

Er hat den Tatbestand des § 211 a.F. StGB. verwirklicht. Denn der Angeklagte ist Mörder. Er hat Eggerstedt vorsätzlich und rechtswidrig aus niedrigen Beweggründen getötet. Es waren politische Erwägungen, die zu Brinkmanns Urteil führten, Eggerstedt müsse umgebracht werden. Aus demselben Grunde hielten vorher viele der Wachmänner seinen Tod für erforderlich. Denn Eggerstedt war für sie der politische Gegner, der zudem noch für die Vorfälle des sog. "Altonaer Blutsonntags" verantwortlich zu machen sei. Dieser politische Gegner war ein Nichts in ihren Augen und der Achtung nicht wert. Diese Nichtschätzung des politischen Gegners ist aus einer Gesinnung erwachsen, die in Übereinstimmung mit den staatsführenden Kräften die Achtung vor der Würde des Menschen und den Wert der Persönlichkeit um eines politischen Prinzip willens für ganze Personengruppen verleugnet. Dieser Gesinnungsverfall kann als einmaliges Abgleiten persönlichkeitsfremde Züge tragen,

20

er kann aber auch Ausdruck eines verworfenen Charakters sein.

Betrachtet man das Leben des Angeklagten, ergibt sich ein Persönlichkeits- und Charakterbild, das nicht dem eines Überzeugungstäters gleicht. Der Angeklagte ist sehr anpassungsfähig, er findet sich in jeder Lage zurecht, wenn die Aussicht besteht, ihm könnten Vorteile zufließen. Dabei spielt sein Geltungsbedürfnis eine erhebliche Rolle. Er will sich hervortun. Deshalb ist er es, der sich zur Tötung Eggerstedts bereitfindet. Dafür sucht er aber auch eine Anerkennung. Daher ist er enttäuscht, daß die SS - Truppe von der Polizei abgelöst werden soll, obwohl jene - und er im Mittelpunkt - sich durch die Tötung Eggerstedts "verdient" gemacht hat. Eggerstedts Tod war also umsonst. Des Angeklagten Tat wird nicht anerkannt und bringt ihm letzten Endes keine Vorteile. Deshalb lohnt es sich für ihn auch nicht mehr, den damaligen politischen Machthabern weiterhin unmittelbar zu dienen. Er kümmert sich nicht mehr um das politische Leben und wird Polizeibeamter. Sein Beruf bietet ihm nicht genug. Er erkennt die durch die Besetzung Belgiens ermöglichten günstigen Erwerbsmöglichkeiten durch Schmuggel und nutzt sie für sich aus. Dabei wird er ertappt. Nunmehr wendet er sich der freien Wirtschaft zu. Als der Krieg endet, ist er nicht einmal Soldat gewesen. Daraus erhellt, daß der Angeklagte kein Überzeugungstäter gewesen sein kann. Bei seinem Streben nach Geltung, Anerkennung und persönlichen Vorteilen war er zu allem bereit. Sah er solche Möglichkeiten, scheute er sich nicht, gar ein Menschenleben zu vernichten, das andere aus politischen Gründen als ein Nichts ansahen. Der leitende Beweggrund zu des Angeklagten Tat ist also verwerflich und muß im unverbildeten Betrachter das sichere Gefühl der Verachtung hervorrufen. Deshalb hat der Angeklagte aus niedrigen Beweggründen gehandelt.

Der Angeklagte hat auch heimtückisch getötet. Das gilt zumindest für die am 12. Oktober 1933 begangene Handlung. Das Wesen der heimtückischen Tötung ist dem Wortsinne entsprechend in der heimlichen, tückischen, berechtigtes Vertrauen

täuschenden und ausnutzenden Tötung des infolge seiner Sorglosigkeit auch verteidigungslosen Opfers zu erblicken. Subjektiv muß sich der Täter dieses Umstandes bewußt sein. Das äußere Tatbild ergibt, daß der Angeklagte - vom Standpunkt eines Dritten gesehen - das Vertrauen des Opfers zum Täter ausgenutzt hat. Daß er sich dessen auch bewußt gewesen ist, ergibt sich daraus, daß er die günstigen Tatvoraussetzungen selbst mit geschaffen hat, um die Tat vorzubereiten.

Der Angeklagte hat aber keine besondere Leiden verursachende Tötung begangen. Deshalb liegt das Tatbestandsmerkmal der Grausamkeit nicht vor.

Mithin ist der Angeklagte nach dem zur Zeit der Entscheidung geltendem Recht als Mörder gemäß § 211 a.F. StGB. schuldig. Diese Bestimmung droht nach Inkrafttreten des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland mit Wirkung vom 24. Mai 1949 statt der Todesstrafe lebenslanges Zuchthaus an. Denn nach Art. 102 GG. ist die Todesstrafe abgeschafft. Daraus folgt, daß § 211 Abs. 3 StGB., der in besonderen Ausnahmefällen lebenslanges Zuchthaus vorsah, gegenstandslos geworden ist. Die Strafe wäre also § 211 a.F. StGB. in der durch das Grundgesetz abgewandelten Fassung zu entnehmen, wenn man den Standpunkt vertritt, § 211 StGB. in der alten Fassung sei durch das Grundgesetz nicht geändert und drohe auch noch jetzt die Todesstrafe an. (§ 2 a Abs. 2 a.F. StGB.). § 211 StGB. in der alten Fassung ist jedoch durch das Grundgesetz ebenfalls geändert. Art. 102 stellt eine Rechtsnorm auf, die unmittelbar dem Bürger zugute kommen soll und die vom O.G.H. als unmittelbar anwendbares Recht anerkannt wird (vgl. Urteil des O.G.H. vom 14.6.1949 in MDR 1949/S 503. Sie ist auch für § 211 a.F. StGB. gültig, der zwar an sich durch § 211 n.F. StGB. ersetzt ist, aber hier durch § 2a Abs. 1 StGB. wieder wirksam gemacht wird und damit durch Art. 102 Grundgesetz auch abgewandelt ist. Deshalb liegt im Zeitpunkt der Entscheidung kein Gesetz vor, das in dem zu beurteilenden Falle zu einer milderer Beurteilung führen kann.

Des Angeklagten Tat stellt zugleich ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar (Verbrechen nach Art. II 1 e K.R. 6. Nr. 10, 73 StGB.). Der Angeklagte hat einen Menschen unmittelbar in seinen Werten in einer Weise geschädigt, die eine Für - Nichts - Achtung seines ideellen Menschenwertes mit Wirkung für die Menschheit ausdrückt. Die zugefügte Schädigung ist verursacht

worfen durch einen Angriff auf das Opfer, der in Zusammenhang steht mit der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft. Der politische Gegner ist Mensch, wie jeder andere. Ihm gebühren alle dem Menschen ureigenen Rechte. Wer den Umstand ausnutzt, daß die staatsführenden Kräfte die Achtung vor der Würde des Menschen und dem Wert der Persönlichkeit um eines politischen Prinzips willen für alle Gegner verleugnet und diese Einstellung zum Anlass nimmt, einen Menschen zu töten, erregt ein Gefühl völliger Rechtlosigkeit und berührt damit die Menschlichkeit als Trägerin jener Rechte und Werte. Die Tat wäre in einem human denkenden Gemeinleben mit rechtsstaatlichen Grundsätzen offensichtlich unmöglich und würde dort Abscheu erregen. Der Angriff auf das Opfer geht auf den Einfluß der gegen Eggerstedt eingestellten SS - Truppe und ihrer Führer und damit auf den nationalsozialistischen Machtwillen zurück. Auch der innere Tatbestand des Art. II 1 a K.R.G. Nr. 10 ist erfüllt. Denn der Angeklagte hat vorsätzlich rechtswidrig getötet.

Gemäß § 73 StGB. ist die gegen den Angeklagten zu verhängende Strafe dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 zu entnehmen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß § 211 StGB. der sowohl in alter als auch in neuer Fassung verwirklicht ist, eine absolute Strafe androht, nämlich lebenslanges Zuchthaus. Dies Strafmaß darf nicht unterschritten werden. Lebenslanges Zuchthaus ist andererseits die gerechte Strafe für die Tat des Angeklagten. Nach Beweggrund, Umfang und Ausführungsart der Handlung und dem Umfang der Folgen ist diese Strafe erforderlich. Sie ist aber auch ausreichend. Denn es kann nicht außer Betracht bleiben, daß seine Tat durch die Umwelt bedingt ist und er unter starkem Einfluß seines Vorgesetzten gestanden hat. Neben der Zuchthausstrafe ist gemäß § 32 StGB. auf den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt worden, weil die Handlung des Angeklagten von ehrloser Gesinnung zeugt.

Die Anklage legt dem Angeklagten ferner zur Last, gemeinschaftlich mit dem SS. - Mann Blaue den Schutzhäftling Conrad Heck in der Arrestzelle mißhandelt zu haben, so daß dieser das Bewußtsein verloren habe, Verbrechen und Vergehen nach Art. II 1 a KRG. Nr. 10, § 340, 47, 73 StGB. Der

Angeklagte bestreitet die Tat. Sie kann ihm nicht nachgewiesen werden. Denn der Zeuge Heck hat bekundet, der Angeklagte selbst habe ihn nicht geschlagen. Der Angeklagte sei zwar zugegen gewesen, als ein SS. - Scharführer ihn mit einem Koppel geschlagen habe, er habe aber nur hämisch schmunzelnd in die Zelle hineingeschaut, weiter aber nichts unternommen, den Täter auch nicht angefeuert. Daß der Täter ein Untergebener des Angeklagten gewesen sei, könne er nicht sagen. Es ist auch nicht anzunehmen, da der Angeklagte selbst auch nur Scharführer gewesen ist. Aus diesen Gründen läßt sich nicht feststellen, daß eine Tat- und Willensgemeinschaft zwischen dem Täter und dem Angeklagten bestanden hat. Der Beweis ist nicht zu führen. Eines Freispruchs bedurfte es insoweit nicht, da das Menschlichkeitsverbrechen, für das er bestraft wird, die dem Angeklagten vorgeworfene Tat auch nach Ansicht der Anklagebehörde mitumfaßt hätte. Einer Entscheidung über die Anrechnung der Untersuchungshaft bedurfte es nicht, da lebenslanges Zuchthaus verhängt worden ist. Im übrigen war dem Angeklagten die Rechtswohlthat aus § 60 StGB. nicht zuzubilligen, weil er nicht geständig ist.

Die Kostenentscheidung beruht auf §§ 464, 465 St.P.O.

gez. Dr. Röseler

gez. Dr. Wilke
Ausgefertigt:

gez. Bunjes.

Justizangestellter
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle
des Landgerichts.

